

Im Schatten Moskaus

In den baltischen Staaten wächst die Sorge vor einer Instrumentalisierung der Energiepolitik durch Wladimir Putin

Das größte Rätsel beim „Gaskrieg“ zu Beginn dieses Jahres zwischen Russland auf der einen Seite und der Ukraine, Moldawien, Georgien und Armenien auf der anderen Seite ist die Frage, warum es eigentlich entlang der russisch-baltischen Grenze so ruhig blieb. Bedeutet dies etwa, dass Russland sich inzwischen mit dem Verlust der baltischen Staaten und ihrer Integration in die Europäische Union und die Nato arrangiert hat? Und heißt dies am Ende auch, dass Russland damit zugibt, dass die drei baltischen Staaten 1939/40 mit Gewalt in den Machtbereich der Sowjetunion integriert wurden? Wenn dem so wäre, wäre dies ein deutliches positives Zeichen dafür, in welche Richtung sich das neue Russland unter Wladimir Putin künftig entwickeln wird.



ARTIS LEJNS

ist Leiter des Lettischen Instituts für Internationale Angelegenheiten.

Doch leider spricht so gut wie nichts für diese Sicht. Denn der „Gaskrieg“ wird früher oder später auch die baltischen Staaten erreichen. Das gilt ganz besonders dann, wenn die von Deutschland und Russland gemeinsam initiierte Gaspipeline gebaut wird.

Doch was viele Beobachter nur zu gern übersehen, ist dies: Russland hängt gerade in der Energiefrage immer noch zu einem nicht unerheblichen Teil von der EU ab, die das Gros des russischen Öls und Erdgases abnimmt. Deshalb hat die EU auch einen nicht zu unterschätzenden politischen Spielraum gegenüber Moskau und durchaus verschiedene Möglichkeiten, auch künftig auf die russische Politik Einfluss zu nehmen. Voraussetzung ist allerdings, dass Europa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Moskau formuliert, die jedoch im Moment so gut wie gar nicht existiert.

Welche Position nehmen dabei die baltischen Staaten ein? Viele Menschen im „alten“ Europa wissen nicht mehr, dass das demokratische Russland unter Boris Jelzin und die Balten gemeinsam gegen die Politik Michael Gorbatschows gestritten haben, denn ihre Einverleibung in den russischen Machtbereich war ein historischer Fehler, der sich am Ende immer deutlicher zeigte. Die Perestroika hätte damals – über Gorbatschow und Jelzin hinausgehend – Moskau auf der internationalen Bühne sehr viel Glanz und noch mehr internationale Anerkennung einbringen können. Boris Jelzin wurde deshalb auch mit dem höchsten lettischen Orden ausgezeichnet.

Doch er lehnte ihn ab – gezwungenermaßen, nachdem er die Macht an Wladimir Putin abgegeben hatte. Die politische Situation und vor allem Wladimir Putin selbst ließen dies damals schon nicht mehr zu. Vielleicht kommt Jelzin dafür dieses Jahr nach Lettland, um die Auszeichnung in Empfang zu nehmen. Es gibt Vermutungen, dass Putin Jelzin auf den kommenden Nato-Gipfel im November mit nach Riga nimmt. Lettland würde eine solche Geste sehr begrüßen, um die Bereitschaft der Letten zu einer engen Kooperation mit Moskau zu unterstreichen. Schließlich war es die lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga, die, anders als ihre estnischen und litauischen Kollegen, als einzige Vertreterin der baltischen Staaten nach Moskau geflogen war, um an den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs teilzunehmen. Ob Jelzin also kommt? Die Spannung wird wohl bis kurz vor dem Abflug Putins aus Moskau andauern.

Wann und warum aber endete der „honeymoon“ zwischen Russland und den baltischen Staaten? Die Probleme begannen mit der Art und Weise, wie Russland in den 90er-Jahren auf die Unabhängigkeit der baltischen Staaten reagierte. Die Balten meinten, sie hätten sich die Unabhängigkeit selbst wieder zurückgegeben, genauso wie dies die meisten westlichen Staaten und selbst auch China sahen. Aber Russland wollte in den baltischen Staaten nur neue Gebilde erkennen, die – ähnlich wie der Rest der Sowjetrepubliken – nach ein wenig mehr Selbstständigkeit strebten. Moskau tat mithin so, als gehörten die baltischen Staaten immer noch zu seiner unmittelbaren Interessensphäre. Und natürlich wollte man



Foto: Frank Schmittner / Schmittner & Partner

von einer finanziellen Verantwortung für die Kosten der Besetzung und Annektierung nichts hören.

Währenddessen entzogen sich die baltischen Staaten jedoch nach und nach dem Zugriff Moskaus. Es war, das darf nicht vergessen werden, die EU, die diese atemberaubende geopolitische Veränderung besiegelte. Und das, obwohl die „Russland-Frage“ stets wie eine dunkle Wolke über einer möglichen Mitgliedschaft der baltischen Staaten und dem Problem schwebte, wie weit man Moskau in Europa insgesamt herausfordern konnte.

Am Ende stand dann der Beitritt in beide Organisationen, die EU und die Nato. Verdanken tun wir dies vor allem dem fleißigen Lobbying der nordischen Staaten und der mutigen Entscheidung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton. Ein weiterer Grund waren die Folgen des Kosovo-Kriegs, der Europa einmal mehr an seine eigentlichen Aufgaben erinnerte, den Frieden und die Sicherheit in einem ungeteilten Europa zu bewahren.

Aber es gab natürlich noch einen Grund: den unbedingten politischen Willen der baltischen Staaten. Trotz vielfachen Regierungswechsels und schmerzlicher wirtschaftlicher Reformen haben die Balten nie das Ziel einer EU- und Nato-Mitgliedschaft aus den Augen verloren. Das schloss übrigens auch großzügige Einbürgerungsmöglichkeiten für die große Zahl an Russen, Weißrussen und Ukrainern ein, die sich in Estland und Litauen während der Zeit der sowjetischen Besatzung niedergelassen hatten.

Moskau hat dabei der EU-Mitgliedschaft bis kurz vor der eigentlichen Aufnahme nie wirklich ernsthaft widersprochen. Es war ausschließlich auf die Idee einer Einkreisung durch die Nato fixiert. Erst als die Entscheidung in Helsinki im Dezember 1999 fiel, mit allen drei baltischen Staaten gleichzeitig über eine Aufnahme in die EU zu verhandeln, nachdem zuvor erst nur mit Estland konkret gesprochen werden sollte, versuchte Russland, über ein spezielles Kooperations- und Partnerschaftsprogramm mit der EU und den zehn neuen Aufnahmekandidaten die Exklusivität der Beziehungen der baltischen Staaten zur EU aufzubrechen. Doch die EU blieb auch hier hart und weigerte sich, mit den Russen auf einer solchen Basis zu verhandeln.

Der Rückblick auf die Geschichte des Beitritts der baltischen Staaten zur EU zeigt somit: Brüssel kann durchaus erfolgreich Einfluss auf Moskau ausüben, wenn Europa einen gemeinsamen Standpunkt hartnäckig und überzeugend vertritt.

Blicken wir aber nun nicht mehr zurück, sondern in die unmittelbare

Gegenwart. Wie sieht heute das Verhältnis Europas und besonders der baltischen Staaten zu Moskau aus? Die Energiepolitik eignet sich dafür besonders, zum einen wegen der Brisanz des Themas, zum anderen aber auch, um die Machtverschiebungen, die es in der Zwischenzeit gegeben hat, deutlich zu machen.

Kehren wir deshalb für einen Augenblick wieder zurück zum Jahreswechsel 2005/2006. So ruhig wie eingangs beschrieben war er nämlich in den baltischen Staaten gar nicht. Hinter den Kulissen war sehr schnell klar, dass ein neuer Tonfall in Moskau die künftige Marschrichtung aufzeigte. Es dauerte nur einen Tag, nachdem Wladimir Putin in seiner Neujahrsansprache übrigens im Zusammenhang mit der litauischen Hauptstadt von „unserem Riga“ gesprochen hatte, und schon trat der russische Botschafter in Litauen auf die Bühne.

Vor dem außenpolitischen Ausschuss des Parlaments teilte er mit, dass Moskau in Zukunft Gaslieferungen nach Inčukalns, der riesigen, unterirdischen Lagerstätte der „Latvian Gas Company“ (LGC), nicht mehr garantieren

könne. Er sagte dies mit ausdrücklichem Bezug auf die geplante Trasse der deutsch-russischen Gaspipeline, die künftig auf dem Boden der Ostsee verlaufen soll und das Lager von Inčukalns in Zukunft überflüssig machen werde.

Dabei waren es das Gaslager von Inčukalns und die LGC, die mittlerweile – genauso wie die estnischen und litauischen Gasversorger – in russisch-deutschen Händen ist, die in jenen kalten Wintertagen zur Jahreswende 2005/2006 als einzige in der Lage waren, wieder Gas an Russland und Weißrussland zurückzupumpen. Übrigens wurde Petersburg während eines ähnlich bitterkalten Winters 1994/1995 genauso von dort aus beliefert.

Inčukalns ist somit ein großes strategisches Asset nicht nur für Lettland, sondern auch für Russland. Dreißig Prozent der Energieversorgung Lettlands wird durch die LGC und Inčukalns bestritten. Zusammen hängen alle baltischen Staaten zu 100 Prozent von der russischen Gasver-

sorgung ab. Nur der kürzliche Beschluss, in Litauen ein neues Atomkraftwerk zu bauen, dem alle baltischen Staaten zugestimmt haben, kann – zusammen mit alternativen Energiequellen (Holz) – diese Abhängigkeit auf Dauer ein wenig verrin-

gern. Energie ist dabei von Russland immer wieder als politische Waffe genutzt worden. Vor Jahren wurde eine Ölpipeline nach Ventspils an der lettischen Küste geschlossen, weil das größte baltische Unternehmen, die lettische Ölraffinerie Mezeika nafta,

von Williams, einem amerikanischen Ölunternehmen, aufgekauft worden war.

Ohne Ölversorgung sah sich Williams jedoch kurz darauf gezwungen, Mezeika nafta an Yukos zu verkaufen. Nach der Zerschlagung von Yu-

kos sorgt so der Verkauf noch heute für politische Spannungen in Litauen.

Spätestens hier verschränkt sich also die Frage der Erpressbarkeit bei der Energieversorgung mit den Fragen der allgemeinen politischen Unabhängigkeit Europas. Die Vergangenheit holt dabei quasi die Gegenwart über den Umweg der Energiepolitik wieder ein. Mit einem Unterschied: Europa ist heute, so scheint es, als Ganzes schwächer und verletzbarer geworden. Und das angesichts einer zunehmend robuster auftretenden Politik der Energieanbieter. Das meint zum Beispiel ein Experte wie Paolo Scaroni, der Vorstandsvorsitzende von Eni, dem italienischen Energieversorger.

Deshalb hängen die baltisch-russischen Beziehungen auch so eng mit den Beziehungen der EU und der Nato insgesamt zusammen und der Fähigkeit Europas, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Nicht nur allein gegenüber den Ländern, die zwischen der erweiterten EU und Russland liegen und die künftig die größten Bedrohungen und Unsicherheiten aushalten müssen, sondern auch gegenüber Russland selbst. Deshalb muss Europa auch die früheren russischen Sowjetrepubliken in Zentralasien verstärkt ins Auge nehmen, die ebenfalls über reiche Öl- und Gasvorräte verfügen.

Die baltischen Staaten werden und wollen Brüssel dabei behilflich sein. Erst kürzlich sind der amerikanische Vizepräsident Dick Cheney und EU-Energiekommissar Andris Piebalgs nach Kasachstan gereist – ein Zeichen dafür, dass beide Seiten verstanden haben, dass das „great game“ in Sachen Energieversorgung in Zukunft verstärkt in Zentralasien ausgegtragen wird. Der Ausgang all dieser Versuche zur Diversifikation bei der Energieversorgung wird somit in einem hohen Ausmaß über die künftige Sicherheit der EU entscheiden. Ganz besonders aber wird von dieser Frage die Zukunft der baltischen Staaten abhängen.

forward
Text weiterleiten: Mail an forward@handelsblatt.com Betreff: Lettland (Leerzeichen) II (Leerzeichen) Mailadresse des Empfängers.

UNSERE THEMEN

MO ÖKONOMIE

DI ESSAY

MI GEISTESWISSENSCHAFTEN

DO NATURWISSENSCHAFTEN

FR LITERATUR